



Mediendokumentation

klar.sozial

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

---

## **JA zum Osthilfegesetz ist JA zu Stabilität und Wohlstand in Europa und damit auch JA zur Schweiz**

Rede von Vreni Müller-Hemmi, Nationalrätin

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**SPERRFRIST:  
Sonntag, 17. September 2006, 10.00 Uhr**

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 begründete den Start der schweizerischen Ostzusammenarbeit. Wenige Wochen nach dem Mauerfall bewilligte der Bundesrat erste Kredite für humanitäre Hilfe. Später wurde diese abgelöst durch langfristige Projekte zum Aufbau von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft.

Das Auseinanderbrechen Jugoslawiens in den frühen 90-er Jahren und die daraus folgenden Kriege in Bosnien und Kosovo stellten unsere Solidarität erneut auf die Probe. Die Schweiz nahm Flüchtlinge auf und stellte nach Ende der Kriege umfangreiche Mittel für den Wiederaufbau von Infrastrukturen und die Flüchtlingsrückkehr bereit. Bis heute werden im Westbalkan über das Osthilfegesetz Projekte zur Stärkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen unterstützt.

Seit 1990 hat das Parlament insgesamt gut 3 Milliarden Franken für unsere Osthilfe bereitgestellt. Bester Beweis für Nutzen und Erfolg sind die enormen Fortschritte aller Länder Zentraleuropas und des Baltikums, die im Mai 2004 in die EU aufgenommen worden sind. Viele davon gehörten zu den ersten Empfängern der Schweizer Ostzusammenarbeit.

### **Ostzusammenarbeit ist Erfolgsgeschichte**

Siebzehn Jahre nach dem Berliner Mauerfall kann bilanziert werden: Osteuropas Reformprozess ist eine Erfolgsgeschichte. Demokratische Werte und rechtsstaatliche Strukturen haben in den meisten Ländern Fuss gefasst. Die Wirtschaft kommt

Parteitag vom 16./17. September 2006 in Sursee

Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 26. November 2006

klar.sozial / SP

zunehmend auf Touren. Die politische Integration ist dank der EU-Erweiterung auf gutem Weg.

Ja: Europa ist durch die Öffnung nach Osten politisch stabiler, wirtschaftlich stärker und kulturell reicher geworden. Mit der bisherigen Ostzusammenarbeit hat die Schweiz einen sehr geschätzten Beitrag dazu geleistet. Gemäss dem Auftrag unserer Verfassung war und ist das Engagement in Osteuropa auch der reale Tatbeweis einer international, innereuropäisch solidarischen und mitverantwortlichen Schweiz.

Das Osteuropaengagement war und ist darüber hinaus auch Ausdruck unserer eigenen Interessenpolitik. Dazu zwei Hinweise:

- Der Schweizer Wirtschaft bringen die Resultate der Ostzusammenarbeit mit den sich deutlich positiv entwickelnden Märkten schon länger Aufträge in Milliardenhöhe. So betrug der Exportüberschuss mit den Transitionsländern 2005 knapp 1.7 Milliarden Franken. In den neuen EU-Mitgliedstaaten erwirtschafteten unsere Unternehmen letztes Jahr einen Überschuss von 1.4 Milliarden Franken.
- Unsere Osthilfe trägt in Südosteuropa mit der Verbesserung von Infrastrukturen, sozialen und medizinischen Einrichtungen oder der Förderung von Berufsausbildungen und Kleinunternehmen zur Migrationsprävention bei. Dank der kontinuierlichen Verbesserung der Lebensbedingungen stehen diese Staaten heute mit dem Assoziierungsprozess im Vorzimmer der EU, was sich positiv auf den Auswanderungsdruck auswirkt.

### **Ostzusammenarbeit mit Kohäsionsbeitrag ist im schweizerischem Interesse**

Die Schweiz hat alles Interesse an einem insgesamt friedlichen und wirtschaftlich stabilen Europa. Darum hat sich die SP-Fraktion im Parlament dezidiert für die Verlängerung des Osthilfegesetzes eingesetzt. Für ein Gesetz also, das die verlässliche Fortführung der Zusammenarbeit mit den Ländern in Südosteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien garantiert und dazu neu auch Basis für den Kohäsions- oder Erweiterungsbeitrag an die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ist.

Ich habe auf die enormen wirtschaftlichen Vorteile hingewiesen, die bis heute aus der Ostzusammenarbeit resultieren. Die Erweiterung der Europäischen Union bringt dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz weiteren Profit. Die Investitionen von rund 250 Milliarden Euro, welche die EU selbst in den kommenden sieben Jahren in den noch strukturschwachen Regionen investieren wird, nützen unserer starken Exportwirtschaft unmittelbar.

Der für eigenständige Schweizer Projekte vorgesehene Kohäsionsbeitrag in der Höhe von einer Milliarde Franken ist darum mehr als moderat. Auch im Vergleich mit dem Nicht-EU-Mitglied Norwegen, das 1.7 Milliarden Franken an die Kohäsion beiträgt. Kommt dazu, dass wir unsere Projekte mit den Schwerpunkten Umwelt,

**Parteitag vom 16./17. September in Sursee**

**Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 26. November 2006**

**klar.sozial / SP**

Bildung und Sicherheit über zehn Jahre abwickeln werden, im Schnitt also 100 Millionen pro Jahr einsetzen. Was für den Bundeshaushalt kein Problem ist, denken wir nur an die aus den Bilateralen II resultierenden Einnahmen aus der Zinsbesteuerung von heute gegen 50 Millionen Franken jährlich.

Wer darum wie die SVP das Osthilfegesetz und den Kohäsionsbeitrag mit dem Referendum bekämpft, dabei den Teufel respektive wachsende Schuldenberge an die Wand malt, will einmal mehr weder die sachlichen Fakten noch politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge akzeptieren. Diesen europapolitischen Kurzsichtpopulismus sind wir uns von der SVP inzwischen nachgerade gewohnt. Anzumerken ist dazu noch, dass die SVP-Fraktion bisher keinen Osthilfekredit teils mitgetragen hat, sondern immer massive Kürzungsanträge stellte und so die Ostzusammenarbeit jedes Mal – immer erfolglos - attackierte.

### **JA zu offener, mitverantwortlicher und wirtschaftlich prosperierender Schweiz**

Dieses erneute Anti-Europa-Spiel hat die überaus deutliche Mehrheit des Parlaments klar durchschaut. Darum konnte die SP in enger Zusammenarbeit mit Alliance Sud auch erreichen, dass die Kohäsionsmilliarde nicht etwa auf dem Buckel der Osthilfe finanziert wird. Zusammen mit FDP, CVP, Grünen, Liberalen und EVP ziehen wir hier am gleichen Strick. Diese breite Koalition, der sich die in Alliance Sud vereinigten Hilfswerke und auch *economie suisse* angeschlossen haben, will sich im Abstimmungskampf dezidiert für die Ostzusammenarbeit einsetzen.

Zusammenfassend nochmals die Kernargumente für das SP-JA:

1. stärken wir mit der Fortführung der bewährten Osthilfe die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Was im generellen Interesse eines stabilen und friedlichen Europa und damit auch der Schweiz ist.
2. stärken wir mit unseren eigenen bilateralen Kohäsionsprojekten die konstruktive Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Was mit Blick auf die traditionell guten Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner und die neuen Absatzmärkte politisch wie wirtschaftlich im ureigenen schweizerischen Interesse ist.

Zusammen mit der gleichen Koalition der europapolitischen Vernunft hat sich die SP letztes Jahr erfolgreich eingesetzt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger JA zur gut funktionierenden Zusammenarbeit mit der EU gesagt haben: JA zu Schengen/Dublin - JA zur erweiterten Personenfreizügigkeit. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hat gut verstanden, welchen Nutzen wir aus stabilen Demokratien und besser funktionierenden Märkten in Osteuropa ziehen. Diese Mehrheit ist sich auch jetzt bewusst, dass eine Schweiz, die jeden zweiten Franken im Ausland verdient, der EU-Partnerschaft Sorge tragen muss. Diese Mehrheit weiss auch, dass freundschaftliche Beziehungen vom Geben und Nehmen leben.

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 26. November 2006

klar.sozial / SP

Am 26. November gilt es also nochmals europapolitisch Flagge zu zeigen. Zusammen mit unserer Bundesrätin und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey gilt es nochmals kräftig Gegensteuer zum unverantwortlich isolationistischen, egoistischen und damit gefährlichen Kurs der SVP zu geben. Setzen wir uns darum heute mit unserem eindeutigen JA für das Osthilfegesetz und die Kohäsionszahlung unmissverständlich für eine offene, mitverantwortliche und wirtschaftlich prosperierende Schweiz in Europa ein!

**Parteitag vom 16./17. September in Sursee**

**Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen  
vom 26. November 2006**

**klar.sozial / SP**